

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf. — Wochenschrift 10 Pf. — Monatlich 30 Pf. — Vierteljährlich 1.00 Pf. — Halbjährlich 1.80 Pf. — Jahrsbeitrag 3.20 Pf. — Ausland 4.00 Pf. — Postgebühren sind inbegriffen.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich (außer Sonntagen und Feiertagen) einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Nordpolen, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 24. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Nordpolen, Nr. 11753-54.

Das Kabinett Fehrenbach.

Es kann zur Stunde als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Fehrenbach auf der beabsichtigten Grundlage zustande kommen und sich in den nächsten Tagen dem Reichstag vorstellen wird.

Von der Ministerliste steht bisher folgendes fest:

- Reichskanzler Fehrenbach (Ztr.), Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers Heinze (D. Vp.), Reichminister des Innern Koch (Dem.), Reichminister des Auswärtigen Simon (Dem.), Reichfinanzminister Wirth (Ztr.), Reichswehrminister Gehler (Dem.), Reichsverkehrsminister Grüner, Reichspostminister Sieberts (Ztr.).

General Grüner gehört keiner Partei an, gilt aber als dem Demokraten nahestehtend.

Unrichtig ist die Meldung eines Mittagsblattes, daß der Charlottenburger Oberbürgermeister Dr. Scholz Reichswirtschaftsminister und Herr v. Raumer Reichsfinanzminister werden wird. Wirtschaft, Schatz, Wiederaufbau und Arbeit sind zur Stunde noch unbesetzt, doch hofft man die Vervollständigung der Koalition noch im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zu erzielen.

Der heute vormittag gefaßte Beschluß des Reichstages schließt die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Regierung für den kommenden Montag vor.

Entwaffnung und Heeresverminderung.

Paris, 23. Juni. Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, betreffend Aufrechterhaltung einer Armee von 200 000 Mann ist am Mittwochmorgen dem deutschen Geschichtsträger in Paris übergeben worden. Laut „Times“ soll die Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000 Mann gestattet.

Außer der Antwort der Alliierten sind laut „Journal“ des Debats der deutschen Friedensdelegation zwei weitere Noten betr. die allgemeine Entwaffnung und die Ablieferung

des Luftschiffmaterials überreicht worden. Darin ist u. a. der Beschluß der Konferenz festgelegt, daß die Deutschen die Arbeitskräfte für die Herstellung des Luftschiffmaterials selbst zu stellen haben. Weiter wird Deutschland für die Zerstörungen der Zerstörer, die außerhalb der Kontrolle der Alliierten erfolgt sind, verantwortlich gemacht.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 24. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) in Scarborough nahm eine Entschließung an, die besagt, die Friedensbedingungen hängen mit den Kriegszielen in Widerspruch. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antibolschewistische Mächte gefordert. Des Weiteren wird der weiche Schrecken in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei. Endlich wurde beschlossen, Lloyd George zu ersuchen, eine Abordnung der Parteimitglieder und des parlamentarischen Ausschusses der Gewerkschaften zu empfangen, um die eben erwähnten Punkte zu besprechen.

Seemannskonferenz und Achtlundentag.

Genau, 23. Juni. Der zur Beratung des Achtlundentages eingeleitete Ausschuh der internationalen Seemannskonferenz verwarf mit 17 gegen 11 Stimmen den Antrag der Reederevertreter, alle Offiziere grundsätzlich von dem Achtlundentag auszuschließen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde beschlossen, nur die Kapitäne und die Aufsichtsoffiziere auszunehmen, die keinen Wachdienst tun. Der Ausschuh zur Beratung der internationalen Signallinien, der mehrere deutsche Vorschläge einstimmig genehmigte, wird morgen dem Gesamtschuh berichten. Der Ausschuh zur Förderung der Stellenvermittlung für Seeleute genehmigte einen Entwurf, der in seinen Grundzügen mit den Richtlinien des deutschen Seefahrtsausschusses für paritätische Feuerstellen übereinstimmt.

Lohnabbau und Wirtschaftspolitik

Von Richard Woldt.

Die steigende Mark mit den sinkenden Preisstendenzen formt die Unternehmerenergie, die Laffen und Opfer dieser Krise auf die Arbeiter abzumägen. Wirtschaftlich kommt bei den Arbeitern eine sehr begreifbare Kompensation in Form von Lohnabbau und die Gewerkschaftsführer mit Verantwortungsgelühl haben ihren eigenen Mitgliedern gegenüber sehr oft einen schweren Stand; es wird auf weitere Lohnherabsetzungen ungestüm hingewirgt, denn das Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebenshaltung ist immer noch vorhanden.

Diese Lohnbewegungen sind zum großen Teil ziemlich schwer durchzuführen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren machen es den Unternehmern gerade gegenwärtig leichter möglich, wegen Mangel an Aufträgen und der geringen Unternehmungslust ihre Betriebe schließen zu können, wenigstens damit zu drohen. Die besseren Chancen liegen auf der Unternehmerseite. Den Arbeitgeberorganisationen kommt mancher Vorstoß seitens der Arbeiter recht willkommen, es werden Vorpostengefechte geliefert, um die Gewerkschaften finanziell zu schwächen und für die weiteren großen Auseinandersetzungen das entscheidende Übergewicht zu haben.

Soll unter Wirtschaftskrisen in der jetzigen Situation nicht zu Druck gehen, dann muß mit ruhiger psychologischer Hand in diese Dinge eingegriffen werden. Von links hofft man die Stimmungsmomente für sich auszuwerten zu können, die sorgenden Gesichter der unabhängigen „Wohlfahrter“ sehen sich ja noch jedem Rettungskomitee um. Eine vernünftig aufbauende Wirtschaftspolitik wird uns als Partei auch hier die Führung wieder in die Hand spielen müssen.

Zwei Momente sind besonders zu berücksichtigen: Der Abbau der Löhne kann nur erfolgen, nachdem vorher die Lebensmittelpreise gesenkt worden sind, und in den Arbeitsgemeinschaften ist den Unternehmern sehr gründlich und sachkundig in ihre Profitpolitik hinein zu leuchten.

Erst muß der Arbeiter sich mehr kaufen können, bevor sein Einkommen herabgesetzt wird. Diese Umkehrung muß planmäßig erfolgen. Wilde Aktionen der Selbsthilfe, Bewegungen, bei denen die Syndikalisti ihre Feuerchen anzuzünden versuchen, schlagen für die Arbeiter meist in ihr Gegenteil um. Denn mit Gewalt läßt sich das Wirtschaftsleben nicht meistern. Das haben z. B. in Westfalen die Arbeiter des Kruppischen Hüttenwerkes Rheinhausen zu spüren bekommen, die mit den üblichen Cartellmethoden Hochöfen ausgeblasen haben und durch diese Sabotageakte Betriebe stillgelegt wurden, mußte der Gesamtstreik zum Stocken kommen. Die Arbeiter selbst haben sich dadurch auf Wochen hinaus ihrer Arbeitsmöglichkeit beraubt. Die Hochöfen brandten mehrere Wochen zur Reparatur vor durch den gewalttätigen Eingriff zerstörten Produktionsfähigkeit. Praktisch also haben diese Arbeiter nichts erreicht, im Gegenteil mag wirtschaftlich zerfallen, wie im Interesse der dabei beteiligten Arbeiter zu wünschen ist. Wollen konträre Demagogie sich auf diesem Gebiet weiter betätigen, so werden sie in jenem Eiltempo sich abwickeln können. Nur leider, daß mit solchen Verheeren die Allgemeinheit und nicht zuletzt die Arbeiter die Kosten zu zahlen haben.

Der einzige Weg, die Einwirkung zum Abbau der Löhne ohne die schwersten Schädigungen für die Arbeiter verlaufen zu lassen, kann nur darin bestehen, daß in der unendlichen Verteilungsposition, in die die Gewerkschaftsführer jetzt gedrängt werden, wir unbedingt das Hilfsmittel der Indexziffern zu benutzen haben. In der Forderung nach Indexziffern dürfen wir nicht nachhaken. Auf dieser Basis wären die ansteigenden Lohnbewegungen notwendig gewesen, nicht unwichtig ist es, die absteigende Lohnskala mit einer solchen Unterlage zu fundamentieren. Wenn die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern zusammenstehen und der Angriff von beiden zum Abbau erfolgt, helfen keine Massenstreiks und kein allgemeines Klagen über die schlechte wirtschaftliche Lage, sondern ein wirklich hares Bild schafft das vergleichende Zahlenmaterial, das einfach den blühenden Beweis erbringt, wie das Existenzminimum im Vergleich zu den jeweiligen Lebensmittelpreisen sich ergibt.

Das Existenzminimum! Wie kaltes die Indexziffern nicht für das Hilfsmittel, das uns aus den Räten der Zeit bringen kann. Jede tarifliche Regelung schemati-

Spindel- und Bolschewistengeschichten.

Eine Erklärung Victor Kopp's.

Die „Tägl. Rundschau“ brachte dieser Tage einen Marmorartikel, der vor einer bolschewistischen Nebenregierung warnen sollte. Diese Nebenregierung ist angeblich in der hiesigen Vertretung der Sowjetrepublik für Kriegsgefangenenfragen bei Herrn Victor Kopp, und es wurden sogar die Namen von bekannten Unabhängigen genannt, die mit Kopp konferieren. Seine Vorschläge auf Revolutionsierung der deutschen Arbeiter seien aber von den Unabhängigen abgelehnt worden, weil die Deutschen noch den „Parlamentarismus“ hätten usw.

Die ganze Erzählung trug den Stempel der Erfindung so deutlich an der Stirn, daß wir gar keine Notiz davon genommen haben. Jetzt erucht uns aber der Sowjetvertreter Kopp selbst um die Aufnahm dieser Erklärung:

Unter dem aufsehenerregenden Titel „Die bolschewistische Nebenregierung in Berlin“ bringt die Abendausgabe der „Tägl. Rundschau“ vom 22. d. Mts. ein Schauermärchen über eine angeblich unter meiner Leitung stehende unabhängige kommunistische Konferenz. In dieser Meldung ist kein einziges Wort wahr. Die Worte der Quelle, aus der diese und ähnliche Meldungen fließen, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß meine Wohnung Johannestraße, in der diese angebliche Konferenz vor einigen Tagen, jedenfalls nach den Worten, getagt haben soll, von mir bereits seit dem 1. Mai aufgegeben ist.

Ich weiß nicht, ob dieser Hinweis, der die ganze Meldung als eine nachlässig ausgeführte Spindelarbeit entlarvt, genügen wird, um die Zeitungen, die diese Nachricht gebracht und verbreitet haben, zum Eingeständnis zu bringen, daß sie in unverantwortlicher Weise irreführend worden sind. Die breite deutsche Öffentlichkeit, die bereits mehrmals ihren unabweisbaren Willen kundgegeben hat, mit dem russischen Volke in Frieden und Arbeitsgemeinschaft zu leben, mag entscheiden, welchen Geschäfte durch Erfindung und Verbreitung solcher Nachrichten in Wirklichkeit bestraft werden.

Gedruckungswort V. Kopp.

Wir geben dieser Zuschrift um so lieber Raum, als sich notwendig aus der Eisenkammer für öffentliche Ordnung, Wahrmann, veranlaßt ist, durch die V. P. R. eine Erklärung in die Welt zu setzen, wonach die bolschewistische propagandistische Tätigkeit des Herrn Kopp vor aller Welt klarzulage liege. Herr Wahrmann scheint mit dieser Erklärung, mit der er sich gegen den Ver-

dacht wendet, Spindel zu beschäftigen, ganz zu übersehen, daß Victor Kopp Vertreter eines anderen Staates ist und daß er dadurch dem Auswärtigen Amt ins Handwerk pfuscht. Das deutsche Volk hat aber wirklich ein Interesse daran, endlich den „Bolschewisten-Schreien“ zu überwinden und die Spindel zum Teufel zu jagen.

Fort mit der Militärjustiz!

Dem „Bund Neues Vaterland“ wird folgender Aufruf an die Mitglieder des Reichstages verbreitet:

Der „Bund Neues Vaterland“, der „Republikanische Führerbund“ und der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ haben anlässlich der Ermordung Hans Paasches einen Aufruf an die ganze Kulturwelt gerichtet, in dem die Gemeinwohlgefährdung des deutschen Militarismus gekennzeichnet ist und in dem die Befreiung der Militärgerichtsbarkeit gefordert wird. Die Ermordung Hans Paasches und der Freispruch der Marburger Freireiwilligen werden uns um den letzten Rest an Sympathien des Auslandes auch in dem deutschfreundlichen Ausland bringen.

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammentritt die restlose Befreiung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die pazifistischen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufrufen, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Dieser Aufruf deckt sich inhaltlich mit dem in unserem heutigen Morgenblatt wiedergegebenen Aufruf „Für Volkseinheit gegen die Militärgerichte“. Für ihn gelten die gleichen Bedenken, die wir dem erwähnten Aufruf gegenüber geltend gemacht haben. Wir sprechen die Hoffnung und Erwartung aus, daß die noch heute fehlenden gesetzlichen Ausführungsbestimmungen zu den betreffenden Artikeln der Verfassung baldmöglichst erlassen werden.

Präsidentenwahl in Württemberg. In der letzten Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Sieber (Z.) mit 52 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident, Rechtsanwalt Dr. Raub, erhielt die 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgervereine. Die unabhängigen enthielten sich der Abstimmung. Bisher war der Sozialdemokrat Max Staatspräsident. Er ist nicht wiedergewählt, weil die Sozialdemokratie infolge des hohen Ausmaßes, den die Wahlen in Württemberg ergaben, die Beteiligung an der Regierung abgelehnt haben.

fiert das Wirtschaftslieben, bedeutet also einen hemmenden Faktor zum Wiederaufbau. Wir brauchen aber individuell abgestufte Arbeitseinkommen, weil die Arbeiter selbst dahin drängen werden, und der Affordlohn, das Anpassen über den beruflich garantierten Mindestlohn sich durchsetzen wird. Eine Frage, die noch innerhalb der Gewerkschaftspraxis sorgfältig zu erörtern ist! Aber als Grundfrage aller sozialpolitischen Betrachtungen müssen die Haushaltungsberechnungen herbeigebracht werden.

Auch in den Arbeitsgemeinschaften ist den Unternehmern intensiver auf den Leib zu rücken. Es wird über die Arbeitsgemeinschaften viel diskutiert und diese Verhandlungsmöglichkeiten werden von linksradikaler Seite zu diskutieren gesucht. Niemand, der den Dingen näher steht, ist so optimistisch, von den Arbeitsgemeinschaften ideale Vorteile für die Arbeiter zu erwarten. Die Unternehmer sind nur deshalb bereit gewesen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, weil sie sich auf die realen Machtfaktoren einstellen haben.

Diese Konstellation kann sich ändern und wird sich ändern. Wir benutzen auch für unsere Seite vor einem ökonomischen Kampf nur die letzten Möglichkeiten für den Arbeiter das herauszuholen, das im Rahmen der Wirtschaftskonjunktur gegeben ist. Und auch das wird eine Frage der Menschenqualität sein. Das wichtigste Argument gegen die Arbeitsgemeinschaften besteht in der Behauptung, daß unsere Arbeitervertreter sich von den Unternehmern „einleiten“ lassen. Wo man den Lohnforderungen der Arbeiter nachgegeben hat, ist man mit den Produktionspreisen höher hinaufgegangen, wie das durch die Lohnverbände bedingt war. Die Unternehmer haben den vielfachen Profit sich in ihre eigenen Taschen gesteckt. Der Konsument hat dann die erforderlichen Preise zu zahlen. Auch hier eine Schraube ohne Ende. Wir haben diese Dinge ja sehr anschaulich im Vergleich in der Eisenwirtschaft erlebt. Das sind nur markante Beispiele, auf anderen Wirtschaftsfeldern hat sich die gleiche Erscheinung gezeigt. Es gehört deshalb ein sorgfältiges und sachverständiges Eindringen und Beherrschen der subtilsten Produktionsfragen und Konsumtionsprobleme dazu, ein Sinnwachstum in Gebieten, die uns bisher ferngelegen haben. Die neue Zeit stellt eben auch hier erhöhte Anforderungen an die Gewerkschaften, und die Organisationen werden sich in allerhöchster Zeit ebenfalls die besten Kräfte und Vermittlungsmittel ausleihen müssen. Die Abneigung gegen den akademisch geschulten Mitarbeiter in den Gewerkschaftsbüros wird man zu überwinden haben.

Weder die von rechts noch die von links werden es schaffen, uns aus der jetzigen wirtschaftlichen Krise herauszuführen. Dazu ist nur der gradlinige Kurs unserer Partei imstande, weil trotz aller „Wahlpläne“ von links und rechts das deutsche Volk auf uns als die einzig mögliche „Aufbaupartei“ angewiesen ist.

Boycott und Gegenboycott.

Der von der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale zur Ausführung gebrachte Beschluß zur Boykottierung des weitestreichenden Ungarns als Repräsentation gegen die planmäßige Unterdrückungspolitik Spornys der ungarischen Arbeiterklasse gegenüber hat größte Erregung hervorgerufen. Wie wir schon neulich erwähnt haben, ist die bürgerliche Presse in Österreich wie in Deutschland einig in der Verurteilung des Boykotts, durch den wieder einmal „Europas heiligste Güter“, nämlich das Recht auf internationale Bergemeinigung des Proletariats, angefaßt werden soll. Es wird einstimmig von den Reaktionen aller Schattierungen darauf hingewiesen, daß der gegen Ungarn ausgesprochene Weltboycott eine triviale Durchbrechung der internationalen Rechtsgrundsätze und eine Erschütterung der Staatsgrundlagen bedeute. Daß die Schmachvolle, auf Blut und Gewalt gegründete Politik der ungarischen Regierung gleichfalls eine Durchbrechung der Rechtsgrundsätze darstelle, davon hat man bisher

nichts gehört. Das Vorgehen der Arbeiterklasse gegen Ungarn bedeutet nicht nur keinen Rechtsbruch, sondern es ist die sozialistische Wahrung des Gedankens der internationalen Solidarität, ist eine auch formaljuristisch völlig zulässige Maßnahme der Notwehr einem rechtswidrigen Angriff gegenüber. Daß sich die physischen Wirkungen des Boykotts in Ungarn nicht so bald zeigen werden, liegt auf der Hand. Um so schwerer ist die moralische Erschütterung, die der ohnehin auf recht schwachen Füßen stehenden Regierung durch sie beizubringen ist. Es ist deshalb klar, daß die ungarische Regierung nichts unversucht läßt, um sich als allen Angriffen gewachsen vor der Welt auszuweisen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die folgende Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros zu erklären:

Der von den sozialistischen Gewerkschaften des Auslandes ins Werk gesetzte Boykott gegen Ungarn macht sich nur in äußerst geringem Maße fühlbar. Wegen Oesterreich hat seit Sonnabend um Mitternacht ungarischerseits der stärkste Gegenboycott eingesetzt. Der Güterzug- und Schiffsverkehr nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Südfrankreich dauert ungehindert fort. Der Post- und Telegraphenverkehr nach Oesterreich hat Einschränkungen erlitten, der Telegrammverkehr nach Deutschland geht vorläufig ungehindert über Prag, ebenso ist der Telekommunikationsverkehr mit der Schweiz auf dem Wege gesichert. Radiogramverkehr besteht auch mit Oesterreich. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Simonyi, daß der Handelsminister ermächtigt worden sei, die Annahme und Beförderung von Waren durch Eisenbahn oder Schiff nach allen Ländern einzustellen zu lassen, in denen die Annahme und Beförderung nach Ungarn eingestellt sei.

Die Absicht die ausländische Arbeiterklasse vor weiterem Boykott abzuwehren, tritt allzu deutlich hervor, als daß sie den gewöhnlichen Eindruck hervorzurufen vermöchte.

Auf den gleichen Ton ist eine Rede des Oppositionellen Gyomery in der Budapest Nationalversammlung gestimmt, der sagte, es gebe niemand, der nicht Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiterklasse habe, doch müsse die Arbeiterklasse sich auf die nationale Grundlage stellen. Die von der sozialdemokratischen Arbeiterklasse Österreichs durchgeführte Sperre erschreckte die Ungarn nicht, sie vereinigte die gesamte Bevölkerung in der festen Entschlossenheit, das christliche und nationale Ungarn auszubauen. Redner forderte, daß vom österreichischen Staat oder dessen Regierung der gegen Ungarn durchgeführte unmenschliche Boykott aufgehoben werde.

Die ungarische Wille als christlich und national zu bezeichnen, ist — echt christlich-national. Diese Bezeichnung bedeutet dieselbe Schändung des christlichen Gedankens, der auch in Deutschland oft genug dazu dienen mußte, um höchst unchristliche Maßnahmen vor der Welt zu verteidigen.

Der Steuerabzug.

Demagogie der Unabhängigen Partei.

Die U. S. P. hat den Wahlkampf gegen uns auch wegen unserer Steuerpolitik geführt. Sie hat es dabei nicht fehlen lassen an der Verküpfung des Tatbestandes. Sie hat das Entschlossene der Steuererhebung als größtes Geheimnis behandelt und bei den Arbeitern und Angestellten den Glauben erweckt, das wichtigste sei eine Maßnahme gegen die Arbeiterklasse, ein „Ausnahmestück gegen die Arbeiter“. Sie setzen dies alles eher als volksaufklärende Demagogie nun auch nach den Wahlen fort. Wenn man hundert Wahlversammlungen der U. S. P. beigewohnt hat, wenn man alle Kräfte der unabhängigen Zeitungen über das Steuerwesen gelesen hat, sonst aber nichts von der Arbeit der Nationalversammlung im Steuerwesen wüßte, müßte man glauben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, wie die Angestellten durch die Steuererhebung schwer zu schädigen. Die U. S. P. hat den Arbeitern nicht erklärt, daß beim Vermögensaufbau der deutschen Bevölkerung und bei dem Bedarf des Reiches, der Länder und der Städte die Besteuerung der reichen Schichten der Bevölkerung nicht genüge, daß deshalb die breiten Massen des Volkes nicht steuerfrei bleiben können.

Wenn die U. S. P. die Bevölkerung über die von der Nationalversammlung beschlossenen Steuern hätte aufklären wollen, so hätte sie auf Grund der Steuerstatistik feststellen müssen, daß breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung bei gleichem Einkommen weniger Steuern künftig zu bezahlen haben werden, als auf Grund der bisherigen Landes-, Kreis- und Gemeindebesteuerung der Post gemeinlich wäre. Die Unabhängigen haben auch die vervielfachte Höhe der Steuerpflichtigkeit der Bestehenden, die fast vollständige Wegnahme des größten Vermögenswachses aus Kriegsgewinnen, die bis 95 Proz. gehende Besteuerung der größten Erbschaften an die Reichsten, die bis zu zwei Drittel des Vermögens gehende Besteuerung beim Reichsnotopfer, die bis sieben Zehntel des jährlichen Einkommens gehende Besteuerung der Einkünfte der Reichsten, also die angebotene Revolutionierung des Vermögensaufbaues mit keinem Wort erwähnt. Aber sie haben den Arbeitern erzählt, daß gegen sie ein Ausnahmestück gemacht wurde, indem man von den Arbeitern und von den kleinen Angestellten, von jeder Lohn- und Gehaltszahlung, 10 Proz. durch die Unternehmer an die Steuerbehörde abführen lasse, während den Reichsten und Reichsten nichts abgezogen werde. Daß den Generaldirektoren der Großbanken und der großen industriellen Aktiengesellschaften, ebenso wie dem Reichsminister und der Reichsministerin die 10 Proz. ihrer Einkünfte bei jeder Gehaltszahlung abgezogen sind, wurde in der Wahlagitatio verschwiegen. Als man den Leuten diese Unterlassung vor die Nase rieb, sagten sie, was bedeuten diese 10 Proz. Abzüge bei den großen Gehältern, die dem Vorklehrer natürlich ungebührlich schwer fallen. Sie wußten den Glauben zu erwecken, daß es keine Progression der Steuern gibt, daß der erste Direktor der Deutschen Bank auch nur die 10 Proz. seines Einkommens bezahlen müsse, daß der erste Direktor der Deutschen Bank annähernd 70 Proz. Steuern zu bezahlen hat, wird verschwiegen. Verschwiegen wird, daß nach der bisherigen Steuererhebung die Unternehmer ihnen auch die Steuern und zwar in weit unangenehmerer Weise, weil mit viel höheren Sätzen, vom Rohne abgezogen hatten, wenn sie bei den zwei oder vier Steuerterminen im Jahr, was nur zu häufig geschieht, das Geld zur Steuerzahlung nicht bereit hatten.

Seit Kossalla lehrt die Sozialdemokratie, daß die direkten Steuern den Vorzug verdienen. Die Abschaffung der Nationalversammlung hat das direkte Steuersystem mit der äußersten Schärfe unter Heranziehung des großen Bestandes in Deutschland eingeführt. Das ist den Unabhängigen gleichgültig. Ihnen kommt es nur darauf an, die unangenehmen Seiten, die das System unvermeidlicherweise für die Arbeiter und Angestellten hat, zu Agitationszwecken zu verwenden.

Die K. P. D. gegen Negation.

Demokratie oder Diktatur?

Die „Neue Wache“ greift die Unabhängigen wegen ihrer rein negativen Haltung in der Regierungsklage heftig an. Sie meint freilich nicht wie wir, daß die Unabhängigen bei der parlamentarischen Regierungsbildung ihr Gewicht in die Waagschale hätte werfen sollen, sondern sie fordert von ihnen ein positives Handeln im Sinne der Diktatur des Proletariats. In diesem Sinne schreibt sie über die Verwirrung, die durch die Krise hervorgerufen wurde, das folgende:

Es ist wesentlich das Werk der Unabhängigen Partei, daß es doch kommen konnte. In dem Augenblick, wo es galt, so oder so, das Gewicht des Proletariats in die Waagschale zu bringen, wo es galt, die revolutionäre proletarische Kraft zur Wirkung zu bringen, die sich in der ungeschicklichen Stimmungswahl der Unabhängigen Partei ausdrückt, in diesem Augenblick veränderte sich von den Unabhängigen geführte Parteien in Nichts, weil die Partei nicht wagt, weder parlamentarisch noch revolutionär die Forderungen aus der Lage zu ziehen, weil der Kräftezug nach links und der nach rechts in ihr sich gegenseitig aufheben.

Auf der anderen Seite bemerkt sie zur Braunschweiger Regierungsbildung:

Wer eine muß doch betonen gegenüber der „Freiheit“, die sich für berufen hielt, die Braunschweiger Parteigenossen wegen

Flammen empor!

Die Länge des Tages hat ihren Höhepunkt erreicht, das Jahr hat seine erste Hälfte zurückgelegt. Uraltem Feinsalzbrenn auf diese und jenen Tag gefeiert werden. Da ist in erster Linie die Jugend dabei. Auch die Arbeiterjugend will nicht fehlen. Sie, die die ganze Woche hindurch den Fabrikstaub der Großstädte atmen, ziehen am Sonntagmorgen hinaus in die freie Natur. Argwohnige Mägel haben sie sich zum Ziel erkorren, eine Höhe, von der der Blick frei und weit in das unbesiegbare Land zu schweifen vermag.

Wenn das Lager beendet und Feierabend ihrem ruhigen Schaffen Raht und Ruhe gewährt, sammeln sie sich zum Zuge. Ein Stück geht es mit der Bahn hinaus. Dann wird tüchtig in den kühnen Abend hineingehauten. Ein paar Lautenspieler sorgen dafür, daß Lust in den Reihen hinkommt. Ein Lied wird gesungen. Tiefe, dröhnende Männerstimmen werden aufgeschüttelt durch Schwingenden, hellen Mädchenjoppan.

Dämmerung hält bereits die Dämmerung. Bäume und Nebelsteine werfen lange, blaue Schatten. Die Vögel sind still geworden. Nur ein paar vereinzelt Grillen zirpen unermüdet. Nacht will es scheinbar überhaupt nicht werden. Der Himmel ist von einem stumpfen, gläsernen Vastblau. Die Waldländer säumen schwarz den Horizont. Vom fernem Waldraum flammen ein paar Dichter.

Es geht es Kilometer um Kilometer. Endlich steigt der Weg leicht bergan. Feuchter Tau dampft über den Wiesen. Aufwärts fährt der hochentzündete Wald. Endlich ist man oben auf der Höhe. Man lagert sich im weiten Kreise. Wurden schleppen unermüdet Holz heran. Reife, Kiste und Kistenstücke. Das wird kunstgerecht zu einem Holzstapel zusammengeschiebt. Ganz still ist es während dieser Arbeit in der Runde geworden. Das ist keine Müdigkeit, sondern ein Hauch feierlicher Weise.

Einer der Sonnenwunderer tritt an den Holzstapel heran. Er spricht. Von den Flammen der Zeit spricht er, von revolutionären Bränden, vom Sieg des Lichtes. Dann entzündet er den Holzstapel. Ein Knistern geht durchs Reife. Ein Pfeifen raunt. Ein Brandgeruch steigt auf. Und mit einemmal sieht man und leuchtet eine glühende Feuerzunge auf. Und noch eine. Und noch eine. Der Holzstapel leuchtet in Flammen. Juchend tönen seine Dichter über die Gruppen der Sonnenwunderer. Die alten Feuer glühen. Und ein Lied flamm auf: „Flammen empor...“

Die Frankfurter Arbeiterakademie. Vor einigen Wochen drang in Verbindung mit Festlicher Veranstaltung einer Frankfurter Abordnung über Unberücksichtigung erstmals Kunde von dem Wahn dieser wichtigen Einrichtung in die Öffentlichkeit. In freier Ver-

bindung mit der Frankfurter Universität sollte eine Akademie entstehen, in der Arbeiter die Schulung in der Praxis handlicher und gemeinsamer Dienste geboten werden soll. Die finanziellen Mittel der Frankfurter Universität können natürlich der Durchführung des bedeutenden Planes nicht dienlich sein. Hier aber setzen nun unsere Genossen ihre Talente ein. Wie uns aus Frankfurt drablich mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung nun beschlossen, der finanziell schwer bedrängten Universität einen Antrag einzubringen, in dem sie sich bereit erklärt, für das laufende Geschäftsjahr einen Zuschuß bis zu 2 Millionen Mark zu bewilligen. Diesem Zuschuß soll aber ein gleicher vom Staat und dem Reich zugeleitet werden. Eine Hauptbedingung der Forderung ist ferner, daß die Vorbereitungen für die Eröffnung einer Arbeiterakademie sofort in die Wege geleitet werden, so daß die Akademie am 1. Oktober ihre Tätigkeit beginnen kann. In das Auditorium und den großen Saal soll die Stadtverordnetenversammlung eine große Anzahl von Vertretern entsenden können. Lehrmittel, Höräle und Institutsräume der Universität sollen in Zukunft der allgemeinen Volkshilfe dienlich gemacht werden.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß unsere Genossen sich and Werk gemacht haben, die Akademie über das Stadium des schönen Plans hinauszuführen zu lassen.

Das Ende des Vereins Junges Deutschland. Wir glosierten vor einigen Tagen kurz die Nachricht, daß im August dieser Verein mit einem Besche von Otto Bauer seine Tätigkeit beenden wird. Was wir sagten, wird beachtenswert ergänzt in einer Zuschrift, die aus Kreisen der jungen Dichterei stammt und hier wiedergegeben sei. Sie lautet: „Erleben Sie mir bitte die Bemerkung, daß niemand das noch rein kapitalistische Methoden zusammengesetzte Premierpublikum härter ablehnt als wir jungen Schriftsteller selbst. Trotzdem muß man die Auflösung des Junges Deutschland bedauern. Denn erstens unterscheidet sich die Clique der sonst üblichen Premierpublikums absolut nicht von den Abkommen des Junges Deutschland, da die heutigen Theaterpreise die Anwesenheit des Publikums gerade aufschließen an das sich die Arbeit der Dichterschaft wendet: die jungen Menschen (sicher Geisteskräfte) und zweitens hat die erscheinende, zur Katastrophe treibende Vertiefung der Theater, die im kapitalistischen Kulturkreis (Kultur, der Theater-Sinn) spielte, jede Aussicht zerstört, daß es ein, freibühnen noch wagen wird, die Aufgaben ihrer Stücke nach kulturkritischen Gründen, also ohne Rücksicht auf den „aufmännlichen Leser“ zu treffen. Wer wird noch zu einem Wort in den Rat haben?“

Der junge Dichter ist ein finanzielles Experiment, sein Werk wird an der geistigen Wäre Berlin launig gebandelt. Anders ausgedrückt: er ist fast vollkommen rechtslos. In verlässere Jüden, daß es keinen neuen Dichter durch die Sprache des Werkes allein gelangen wird, zur Aufführung zu kommen; die Verhandlungen mit Theatern sind ein diplomatisches Sozialdrama im Stile des Mittelalters; es muß schon der liebe Gott oder eine Frau im Spiele sein, wenn der machtlose Kleine von den autoritären (Besser: autoritären) Machthabern überhaupt nur gehört wird. Die So-

zialistisches Junges Deutschland benutzt wenigstens ihre Mittel dafür, eine Auswahl der Stücke nach nicht-kapitalistischen Motiven zu treffen. Leider, zum größten Schaden der werdenden Dichtkunst, hat sich noch keine Macht gefunden, die dem kapitalistischen Treiben im Theaterlichen Einhalt gebietet, das nirgends so hoch und niedrig so kulturwidrig ist wie dort. Ich wünsche — wenn nicht einige Staatsbeamte ihre neue Richtung festhalten dürften —, daß wir uns mit diesen jüngerer Dichtern sobald nicht mehr werden auseinanderzusetzen können, die wenigstens durch das Junges Deutschland einmal (einmal!) zur Sprache kommen würden. Was wird sich auf dem Spielplan erhalten? Stücke, dem Niveau des Publikums angemessen, das die Theaterpreise zu zahlen imstande ist. Den Tod des Junges Deutschland betrachte ich daher — trotz allem berechtigten Einwand — als Verlust.“

Dies die Auskunft, die ist ein Kolosse der werdenden zukünftigen deutscher Kultur. Das ist bereit sind, bereit sein zu müssen, ein Publikum, das ihrer Arbeit nicht dienen kann, in Kauf zu nehmen, um nur überhaupt einmal ihr Werk auf der Bühne ertrud zu sehen, ist schneidende Kritik an den Zuständen, denen sie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

Die Bildung einer Kulturkassette regt der Reichskunstwart Redlich an. Wenn es nicht möglich sei, die Luxussteuer auf Kunstwerke völlig aufzuheben (was er wäre), so gibt er seiner Erwägung anheim, innerhalb der Ertragssteuern der Steuer einer solchen Klasse zugeführt werden können, die den bevorstehenden Kassen ein kulturell wertvolles Standes entgegenarbeiten soll. Redlich hält die wirtschaftliche Vereinigung aller bildenden Künstler für notwendig, um die Nützlichkeit und Möglichkeit seines Vorhabens zu klären.

In Verbindung mit dieser Anregung ist es bemerkenswert, daß sich der Kaiserliche Künstlerrat gemeinsam mit dem Künstlerrat der deutschen Mittelstädte einen Aufruf zu einer Tagung in Halle hat ergehen lassen, die einen Reichskunstwart zum Kampf gegen die wirtschaftliche Not der Künstler gründen soll.

Willi Lehmann hat die Briefe, die sie von Künstlern und hochstehenden Persönlichkeiten erhalten hat, der Kulturkassette der Reichskunstwart Straßburg in Halle überreicht. Er ist bereits früher die Briefe Richard Wagner's geschickt hat. Eine für höhere Position wertvolle Gabe!

Die Deutsche Technische Volkshochschule, die durch planmäßige Verbreitung technischer Volkshochschule zur Hebung unserer Kulturarbeit beitragen soll, ist der Berliner, Gemeindevorsteher von Berlin, über die Ortsgruppen zu errichten. Nähere Auskunft erteilt die Bundesgeschäftsstelle: Dresden, Lützowstraße 20. Wenn diese Zusammenhänge der allgemeinen Volkshochschulbewegung näher wollen, mögen sie sich von vornherein als technische Volkshochschulen einschreiben. Denn die Volkshochschulen hat erarbeitet haben, ist natürlich auch die Ausbildung technischer Unterrichtsmöglichkeiten in den Lehrplänen als wichtige Aufgabe behandelt worden.

Ernst Toller hat während seiner Festungshaft ein neues Drama, betitelt „Nalle Kersch“, vollendet.

Revolutionärezeit wird eine Reihe graphischer Arbeiten beige, die Magnus Zeller demnächst bei Albert Blum erscheinen läßt.

ihres Opportunismus abzuzugeln. Die Braunschweiger Unabhängigen haben wenigstens den Mut gehabt, eine Politik zu machen, sie haben sich zum Tun entschlossen, während die „Freiheit“-Leute glauben, für das Proletariat schon etwas getan zu haben, wenn sie in unfruchtbarer ideologischer Regation beharren.

Die „rote Fahne“ hat in diesem Fall die Logik für sich. Entweder, man hat den Mut, den Weg zur Diktatur zu gehen, der über unzählige Arbeiterleichen führt und noch unserer Ueberzeugung der Arbeiterklasse nichts als fürchterliche Heißhölzer und neues entmensliches Elend bringen würde, oder man muß den Mut haben, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, und innerhalb der gegebenen Verhältnisse seine ganze Gewalt in ihrem Interesse einzusetzen.

Die U.S.P.-Fraktion hat laut „Freiheit“ beschlossen, sich mit dem Krisenbrief an Hermann Müller solidarisch zu erklären. Sie konnte wohl nicht anders, als das Zentralkomitee decken. Aufrecht erhalten lassen wird sich dieser Standpunkt aber nicht, sie wird durch die Tatsachen zur Teilnahme und Mitverantwortung an der positiven Arbeit gezwungen werden.

Der Verband niederländischer Fabrikanteneinigungen hat an die hiesige Kammer eine Adresse gerichtet, in der eine Anzahl Bedenken gegen den Segensbrief betreffend das holländisch-deutsche Kredit- und Kohlenabkommen vorgetragen werden.

Groß-Berlin

Achtung, Genossinnen!

Wichtige Konferenz der Berliner Funktionärinnen am Sonntag 5 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr. Das Ergebnis der Arbeit und unsere Arbeit. Referentin: Genossin Schumacher, u. d. N.

Verhaftete Postkassenschwindler.

Ein großer Postkassenschwindel ist von den Behörden entdeckt und aufgefahret worden. Die Täter sitzen hinter Schloß und Riegel. Vor einiger Zeit stellte die Oberpostdirektion fest, daß auf dem hiesigen Postfachamt 100000 Mark abhandelt gekommen waren. Es ergab sich bald, daß mit Rücksicht auf „gehobene“ sein mußte. Der Kriminalkommissar gelang es, die Schwindler festzunehmen. Die Wohnungsbauer Max John und Fritz Winter waren vor einiger Zeit mit einem 80 Jahre alten schwachen Geschäftsfreundlichen Fritz Siedel und einem 32 Jahre alten Arbeiter Richard Rau in Verbindung gekommen. Diese beiden sind wiederholt vorbestraft. Das Kontostamm hatte den Plan, die Post um große Summen zu schwindeln. In diesem Zweck legte Siedel bei dem Postfachamt ein Konto an und machte die dazu erforderlichen Einzahlungen. Durch Vermittlung und Zahlung seiner Geliebten erhöhte er zunächst das Konto, um es dann nach und nach wieder abzubauen, als die Gatte glaubte, daß ihr Einkommen geringere Mäße, erhielten die beiden Kassehalter den Auftrag, auf Siedels Konto eine größere Summe zu überführen. Die Schwindler erschienen dem Aufwachen zunächst so groß, daß sie den Mut verloren. Als sie sich dabei ihren Auftraggebern Siedel und Rau offenbarten, kamen sie schlecht an. Die beiden Verbrecher lachten locker und drohten ihnen, daß sie sie demnächst in die Spree werfen würden, wenn sie nicht endlich mit dem Plane fertig würden. Deshalb gingen die Kassehalter doch wieder ans Werk und brachten es auch fertig, daß auf Siedels Konto 180000 M. überführt wurden. Jetzt trat auch Rau in Tätigkeit. Er hob zunächst einmal 20000 M. ab. Jetzt wurden die Verbrecher dreister, erhoben Beträge von 80000 M. und mehr und brachten so bald die ganze Summe an sich. Die beiden Kassehalter bekamen erheblich weniger als den verabredeten Anteil und merkten auch bald, daß sie „getampelt“ wurden.

Inzwischen wurde der Fehlbetrag festgestellt und die Kriminalpolizei begann mit ihren Verhaftungen. Der Verdacht fiel zunächst auf die Kassehalter, die nach längerem Zeugen ein Geständnis ablegten. Jetzt offenbarten sie auch, daß Siedel und Rau die treibenden Kräfte gewesen waren und sie betrogen hatten. Beide waren bereits aus ihren Wohnungen verschwunden, als die Kriminalpolizei dort erschien, um sie festzunehmen. Durch Beobachtungen stellten die Kriminalbeamten fest, daß beide in Mahndorf ein Unterkommen gefunden hatten. Dort lebten sie auf großem Fuße, hatten ein Segelboot gemietet und liehen auch von Zeit zu Zeit ihre Bekannten herauskommen. Den Verhaftungen wichen die Verbrecher mit ihrem Segelboot fluchtlos aus. Deshalb starteten die Kriminalbeamten ein Motorboot, um sich ebenfalls auf dem Wasser betätigen zu können. So gelang es, die Verhafteten, als sie wieder einen Anschlag machten, anzuhaken und festzunehmen.

Nach Berlin gebracht, legten sie auch sie zunächst, legten dann aber unter der Last des Beweismaterials ebenfalls ein Geständnis ab. Sie gaben ferner zu, daß sie von den beiden Kassehaltern herlangt hätten, für sie auf ein neues Konto 480000 M. zu überweisen. Diese große Summe wollten sie aber nicht mehr unmittelbar vom Postfachamt erheben, sondern an die Filiale einer hiesigen Bank überweisen lassen, um sie dort abzugeben. Bei dieser Filiale hatten sie auch bereits ein Konto angelegt. Dieser Streich ist nun vereitelt worden.

Von den 180000 M. ist nicht mehr viel übrig. Die beiden Kassehalter haben zusammen 80000 M. bekommen. Den Hauptanteil haben Rau und Siedel durch ihre Reiten und Bergfahrten mit ihren „Damen“ fast ganz durchgebracht. Die ganze Gesellschaft wurde nach Madrid gebracht. Die beiden Mädchen wurden einstweilen wieder freigelassen, werden sich aber wegen Fehlerlei mit zu verantworten haben.

Soll der Nachwuchs verkümmern?

Die Folgen der andauernden Ernährungschwierigkeiten für den Gesundheits- und Kräftezustand der Kinder werden beleuchtet durch die neuesten Feststellungen, die in Berlin im April und Mai dieses Jahres gemacht worden sind. Das Medizinalamt der Stadt berechnet, auf Angaben der Schullehrer stützend, in den Gemeindeschulen die Zahl der unterernährten Kinder, wie wir aus dem Jugendpflegeamt erfahren, auf rund 30000. Hiermit vergleicht man, daß in der Zeit vor dem Kriege die Zahl der Berliner Gemeindeschulkinder, die wegen ungenügenden Kräftezustandes sich in dauernder schulärztlicher Ueberwachung befanden, pro Jahr rund 8000 betrug. Jetzt 80000 unterernährte Kinder — das bedeutet, daß heute in Berlin etwa jedes sechste Gemeindeschulkind von den Schullehrern als unterernährt gilt. Das ist die Tatsache, die der für uns lächerliche Krieg und Hinterlassenschaft hat! Die jämmerlich der Ernährungszustand nur zu vieler Kinder in Berlin ist, das haben auch bei der von den Ärzten im Reich geleiteten Diskussion die Untersuchungen der Ärzte ergeben. Dem Kindermund bracht billige Nahrungsmittel, wenn nicht den Sorgen der Lebensmittelpolizei Einhalt geboten und gleichzeitig die Lebensmittelmenge beschränkt wird.

Vorläufig kein Steuerabzug von Naturalbelegungen.

Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes von der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohnes zu Zeiten des Arbeitsverhältnisses einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem Lohn aus Natural- und sonstigen Sachbezügen. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den örtlichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, schreiben die Ausführungs-

Ein politischer Mord vor dem Schwurgericht.

Der von geheimnistollen Umständen begleitete Tod des Reichswirtschaftsinpektors Blau aus Charlottenburg hat zu einer Anklage wegen Mordes Veranlassung gegeben, die heute gegen drei Kommunisten vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelt wird. Angeklagt sind der Sozialist Max Richte- mann, der aus dem Zuchthaus zu Brandenburg verhaftet worden ist, der Kaufmann Erwin Hoppe und der Schneidergeselle Willi Winkler — alle drei noch jugendliche Leute im Alter von 21 und 22 Jahren. Richte- mann war feierlich Besitzer der in der Parochialstraße belegenen „Terroristenzelle“, die man als „Sozialistische Mordzentrale“ zu bezeichnen pflegte.

Der der Anklage zugrunde liegende Tatbestand ist im allgemeinen kurz folgender: Am 7. August d. J. wurde vor dem Hause Königin-Augusta-Straße 21 die Leiche des Inspektors Blau aus dem Kanal gefischt, die mit einer Wunde versehen war. Die langwierigen Ermittlungen führten die Behörden zu der festen Ueberzeugung, daß Blau eines gewaltsamen Todes gestorben, d. h. ermordet worden sei, und zwar aus politischen Motiven. Der Mord soll von kommunistischer, terroristischer Seite geplant und ausgeführt worden sein. Blau hatte in München in kommunistischen Kreisen verkehrt und soll dort als Spionier ermittelt worden sein. Es soll dann von Kommunisten beschlossen sein, ihn nach Berlin zu locken und hier geistlich beiseite zu schaffen. Blau landete dann auch in Berlin auf und nahm an einer kommunistischen Versammlung teil, die in der Schule in der Mittelmaler Straße stattfand. Hier soll ihm auf Grund vorhandenen Materials direkt auf den Kopf geschossen worden sein, daß er ein Spionier sei. Die die Anklage behauptet, soll nun zunächst beschlossen gewesen sein, Blau auf dem Tempelhofer Felde zu ermorden, aus Zweckmäßigkeitsgründen habe man aber davon Abstand genommen. Blau soll dann in die Wohnung eines Arbeiters Pohl in der Gneisenaustraße, dessen Eltern vertrieben waren, gelockt und dort zunächst wie ein Gefangener von mehreren Kommunisten bewacht worden sein. Ein Mann, der erklärte, von der „Terroristen-Gruppe 1“ zu sein, soll dann dem anwesenden Anwalt Hoppe

eine Pistole mit Revolver

überbracht haben. Tags darauf soll Blau in die Wohnung des Anwalt Hoppe in der Großbeerenstraße 20 geschickt worden sein, dort mit Max Richte- mann verhaftet worden sein und von den drei Angeklagten erdrückt worden sein. Seine Leiche ist dann nach der Annahme der Anklage in den Kanal geworfen worden.

So stellen sich die Verhältnisse nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei dar. Die Angeklagten haben bisher ihre Schuld durch-

ausgesprochen. In der heutigen Verhandlung führt Landrichter Rat Joel den Vorfall, die Anklage herbeiführt. Die Anklage wird durch die Anklage des Staatsanwalts Dr. Ortman n. Die Verteidigung führen die R.A. Theod. Dieblich, Dr. Theod. Weinberg und Dr. Kurt Rosenfeld, die eine große Zahl von Zeugen geladen haben. Unter den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen befinden sich u. a. der Parteiführer Peter, die Kriminalkommissare Dr. Biermann, Zettin, Kallach, Kriminalwachmeister Henke und die medizinischen Beamten Prof. Dr. Ströuch und Dr. Kronfeld.

Die heutige Verhandlung beginnt mit einer Verpöschung, da die Angeklagten, insbesondere der aus dem Zuchthaus verhaftete Richte- mann noch nicht zur Stelle sind. Der Austritt ist nur wegen besonderer Einflüsse gestattet und wird von der Schwurgerichtspolizei kontrolliert. Die Angeklagten machen einen auffällig jugendlich unreifen Eindruck,

insbesondere macht der fürnehmlich keine Richte- mann, der mit Notwendigkeit des Mordes selbstbewußt an erster Stelle steht, einen recht unfürigen Eindruck.

Bei der Auslösung der Geschworenen wird schon das erste politische Moment

in den Gang der Verhandlung tritt hineingetragen. Die Verteidiger der angeklagten Kommunisten betreiben eine helle Offensivpolitik gegen das „bürgerliche“ Schwurgericht, das Schwurgericht, in dem sie sich darauf beschränken, bei der Auslösung nicht wie sonst üblich ihr „angenommen“ zu erklären, sondern stumm bleiben und nur hin und wieder bei besonders „bedrückenden“ Geschworenen von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch machen.

Zu den schon geladenen Sachverständigen sind noch hinzugekommen: Sanitätsrat Dr. Lehnen, Gefängnisarzt Dr. Firsch und Gerichtsarzt Dr. Krümming. — Von den geladenen 45 Zeugen fehlen mehrere, so der Schiffseigner Puhlmann, der seiner Zeit die Leiche des ermordeten Blau gefunden hat. R.A. Dieblich erklärt, daß er auf diesen Zeugen nicht verzichten wolle. Während des Auftritts der Zeugen meldet sich noch Rechtsanwalt Schröder als Verteidiger, der von R.A. Dr. Dieblich ausgesprochen ist. — Staatsanwalt Dr. Ortman gibt anheim, an Stelle des

bestimmungen vor, daß, soweit nicht in kollektiven Vereinbarungen getroffen sind, die von den jeweils zuständigen Versicherungsämtern auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortspreise maßgebend sein sollen.

Rat hat sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich sinkenden Preisen der Lebenshaltung nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die augenblicklichen Festsetzungen dieser Ämter große, sachlich nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge ein einheitliche Grundfrage aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August, und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten.

Da also der Bekanntmachung eines Arbeiters gleichzeitig aus Pohl und Naturalbelegungen besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Parolohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Die Ausgabe von Ferienkarten, die für die Zeit der großen Schulkreisen vom 8. Juli bis zum 9. August gelten, beginnt in diesem Jahre bereits am Freitag, den 25. Juni. Sie werden ausgegeben für alle Stationsbeziehungen nach den Vororten, und zwar für die 2. und 3. Wagenklasse zu den gleichen Bedingungen wie die Monatskarten. Nach der Tarifherabsetzung stellen sich die Preise für die Zuschläge, die bei den Ferienkarten zu den Monatskartenpreisen treten, auf 2,00 M. für die Stammkarte 2. Klasse, auf 1,50 M. für die Nebenkarte 2. Klasse, auf 1,50 M. für die Stammkarte 3. Klasse und auf 0,90 M. für die Nebenkarte 3. Klasse.

Kandidat. Elternbeirat. Die im März für die Dorfschule am Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße, erfolgte Wahl des Elternbeirats ist seitens des Provinzial-Schulsausschusses für ungültig erklärt worden. Die Reuwahl findet am Sonntag, den 27. Juni, von 8—3 Uhr in der Turnhalle der Dorfschule statt. Die Kandidaten sind der E. B. Beginn mit Grundriss, Eltern, deren Kinder die Dorfschule am Realgymnasium besuchen und welche Freunde einer gesunden Parteientwicklung unserer Schulkinder sind, stimmen am Sonntag für die E. B. D. Liste.

Friedrichshöhe. Unser langjähriger Parteigenosse Karl Anauer ist im Alter von 65 Jahren verstorben. Die Partei ver-

nicht erschienenen Schiffseigners, der die Leiche gefunden hatte, einem anderen Zeugen, der mit auf dem Kahn gewesen ist, zu laden. — R.A. Dr. Weinberg erklärt, daß er auf vier geladene, aber nicht erschienene Zeugen nicht verzichten kann.

Es seien sämtlich Spionier

und stellen sich nun nach bekannter Manier nicht als Zeugen. Der Staatsanwalt Dr. Ortman n. behauptet, daß die Zeugen, gegen den gemischten Verdachtsmomenten vorliegen, daß er selbst der Täter ist. Ein Zeuge Pohl hat ihn als solchen zu kennen geglaubt und es steht fest, daß Blau einen Hag gegen Schneider hatte. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel hat gleichfalls in Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Stoll, ebenfalls ein Spionier, hat den Auftrag zur Herbeiführung des Blau gegeben und der Zeuge Samson ist gleichfalls Spionier. Erst die persönliche Vernehmung dieser fehlenden Zeugen werde ein richtiges Bild von der Sache geben und kann nicht durch Verlesung ihrer kommunikativen Aussagen ersetzt werden.

Staatsanwalt Dr. Ortman n. behauptet, daß die Zeugen, gegen den gemischten Verdachtsmomenten vorliegen, daß er selbst der Täter ist. Ein Zeuge Pohl hat ihn als solchen zu kennen geglaubt und es steht fest, daß Blau einen Hag gegen Schneider hatte. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel hat gleichfalls in Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Stoll, ebenfalls ein Spionier, hat den Auftrag zur Herbeiführung des Blau gegeben und der Zeuge Samson ist gleichfalls Spionier. Erst die persönliche Vernehmung dieser fehlenden Zeugen werde ein richtiges Bild von der Sache geben und kann nicht durch Verlesung ihrer kommunikativen Aussagen ersetzt werden.

R.A. Dr. Dieblich: Die ganze Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, daß dieser Mord in seinen Motiven und seiner ganzen Entstehung möglichst schnell aufgeklärt wird. Es handelt sich hier um die Tätigkeit militärischer und politischer Agenten und Spionier,

insbesondere des Schreier, der ebenso wie Teufel an dem Mord beteiligt sind. Schreier namentlich hat zu der Tat angereizt und sie veranlaßt. Die Polizei kann natürlich die Spionier nicht finden, weil sie sie nicht finden will. So war es im Ledebour-Prozess, wo der Zeuge Roland angeblich nicht zu ermitteln war, obwohl er in Berlin aus und einging. Ebenso war der Leutnant Dahnau damals nicht zu finden, obwohl er in München tätig war. Schreier ist nun

nach der Schweiz abgehoben

worden. Teufel hat in einem Vorprozeß eine ähnliche Rolle gespielt wie Schreier hier. 10 Monate lang hat die Untersuchung gedauert, monatelang die Voruntersuchung und nicht ein einziges Mal ist der Verteidigung Gelegenheit gegeben gewesen, die Akten einzusehen. Erst Ende Mai sind die Akten ihnen zur Verfügung gestellt worden, die Akten einzusehen mit einer Erlaubnisfrist von 3 Tagen. Die Anträge auf Verlängerung der Erlaubnisfrist sind abgelehnt worden. Der Verteidigung ist es nicht möglich gewesen, die Akten auch nur einmal richtig durchzuarbeiten. Das ist eine Beschränkung der Verteidigung, gegen die protestiert werden muß. Auch aus diesem Grunde protestieren wir gegen die Verhandlung.

Vorl. Landgericht-Rat Joel weiß mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß die Form, in welcher das Verfahren geführt worden ist, in irgend einer Weise abzuweichen ist von der Form in anderen Verfahren. Speziell die Behauptung bezüglich der Vorenhaltung der Akten tritt leinweg zu. Die Akten sind dauernd auf dem Gericht gewesen und Rechtsanwalt Dr. Weinberg hat dauernd Einsicht genommen.

Lud. Staatsanwalt Dr. Ortman tritt den Behauptungen Dieblichs hart entgegen und betont, daß die Öffentlichkeit allerdings ein lebhaftes Interesse an der Aufklärung der ganzen Sache habe; aber auch die Angeklagten werden doch ein ebenso lebhaftes Interesse an der Beendigung dieses Prozesses haben. — Der Vorsitzende behauptet, das letztere und teilt mit, daß die durch die Hände des Gerichts genommenen Akten ergeben hätten, daß die Angeklagten selbst anderer Meinung als ihre Verteidiger seien.

Staatsanwalt Rat Dr. Ortman erklärt, daß er die Polizei gegen den Vorwurf, die Lage bei der Ermittlung der Zeugen Schreier und Samson nicht alles getan, was in ihren Kräften gestanden habe, in Schutz nehmen wolle. Die Polizeibehörde in München habe allerdings erklärt, sie gebe vollständig die genaue Adresse des Schreier nicht preis, la S. den

Terror gewisser kommunikativer Kreise fürchte. Wenn es Zeit sei, werde sie den Zeugen schon in der Hauptverhandlung in Erscheinung treten lassen. Erst sei Schreier nach Auskunft der Polizei, nach der Schweiz verfrachtet worden. Die Sache müsse schnell und reiflich aufgearbeitet werden. Das könne aber nur jetzt geschehen, denn je länger die Sache hinauszögert werde, desto mehr verfinstere sich das Bild.

Im Anschluß an diese Verkündungen entsteht eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und den Verteidigern, in der Rechtsanwalt Dieblich u. a. erklärt, daß Schreier von der Polizei aus guten Gründen nach der Schweiz abgehoben worden sei.

Die Formalisierung der Anträge der Verteidigung erfolgt auf Wunsch des Gerichts schriftlich.

Es folgt eine längere Beratung über die Verlegungsanträge. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Nert an ihm einen freien Genossen. Auch im Bauarbeiterverband hat der Verstorbenen hiesig in hervorragender Weise die Interessen seiner Kollegen vertreten.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Morgen, 25. Juni:

Charlottenburg. Elternbeirat. 7 Uhr in der Aula der 13/14. Gemeinderule, Schulstr. 40, Versammlung. Referent: Rektor Blum über Reichs-Konferenz und weltliche Schule.

Gerichtszeitung.

Dreimal zum Tode verurteilt.

Wie erinnert, wurde im Dezember des vorigen Jahres in Grunsee der Abbeckerleber Moller mit Frau und Tochter durch den eigenen Sohn erschossen. Als Anklägerin zu diesem schändlichen Verbrechen wurde die Braut des jungen Mannes, die 13jährige Johanna Hilgert und deren 33jähriger Bruder Hermann verhaftet. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht zeigte den verhängnisvollen Einfluß, den das Mädchen auf den Elternmörder ausübte. Vorjahrs bedrängte sie ihn dazu, die Erbschaft seines Vaters an sich zu nehmen. Sie war sich von vornherein darüber klar, daß der Abbeckerleber bestraft werden müßte, wenn der Mann ausgeführt werden sollte. Sie besprach die Sache mit ihrem Bruder und dieser verschaffte dann den Revolver, mit dem die furchtbare Tat ausgeführt wurde.

Weber die Tat selbst bestritt der Mörder, daß seine Mutter auf dem Sofa saß und seine Schwester am Bein stand, als er die Schüsse drückte. Er hat seine Mutter um etwas Hilfe, da seine Braut ihre Strümpfe stricken hatte. In demselben Augenblick betrat sein Vater die Stube, der ihn fragte, was er wolle, worauf er die Antwort bekam, daß er wegen seines Arbeitsbuches gekommen sei. Der Vater verwies ihn aus dem Zimmer. Darauf ging der Sohn in die Küche, holte den Revolver, den er dort liegen gelassen hatte, schrie damit zurück, schloß sofort den Vater nieder und dann „aus Versehen“ die Mutter. Dann schloß er, wie er die Schwester erschoss und die Mutter, die noch lebte, solange mit der Wirt behandelte, bis sie tot war.

Der Mörder wurde wegen seiner Jugend zu der Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Hermann Hilgert erhielt drei Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Erberlust. Die Anklägerin Johanna Hilgert wurde wegen Anstiftung zum Mord dreimal zum Tode verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buchdrucker.

Rürnberg, 22. Juni.

Die Besprechungen über die Lage auf dem Tarifgebiet, die in geschlossener Sitzung erfolgen, nehmen auch nach dem heutigen Vormittag in Anspruch und können erst am Beginn der Nachmittagsitzung abgeschlossen werden. Der Inhalt der mehrtägigen Debatten ist die folgende angenommene Entschließung:

Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen fest. Sie erachtet in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine erste zukunftsweisende als zweckmäßigste Förderung der idealen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes.

Die Generalversammlung erwartet daher, daß der zunächst notwendige Um- und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:

1. Möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Festsetzungen;

2. Festsetzung des Mindestlohnrechts der gesamten Tarifkontrahenten bei den seitlichen Tarifabschlüssen durch Einführung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat;

3. die Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen sowie Aufnahme der Betriebsratsbestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;

4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;

5. Umgestaltung der Zusatzzuschlagsbestimmungen durch Verringerung der Klasseinteilung und Aushebung verschiedener weiteren und höheren Festsetzungen entgegenstehender Beschlässe;

6. Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden und den Vorabenden von Feiertagen, ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;

7. Festsetzung der Tarifdauer auf höchstens zwei Jahre. Die Regelung der Dauerzuschläge hat wie bisher in den gegebenen Lebensverhältnissen entsprechenden kurzen Zeitschnitten zu erfolgen.

Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, behufs Ermöglichung der Durchführung dieser Grundlätze beim Tarifamt die Kündigung des Tarifs gemäß § 97 des Tarifs einzulegen und gleichzeitig die rechtzeitige Einleitung des Tarifauschlusses zur Einleitung von Verhandlungen zu beantragen.

Die Generalversammlung beschließt weiter, daß sämtliche bis spätestens 15. August beim Verbandsvorstand einzureichenden Gehilfenanträge durch eine Kommission der Durchsicht und Auslese zu unterziehen und dann einer Gesamtkonferenz in Vorlage zu bringen sind. Diese Konferenz entscheidet endgültig über die namens der Gehilfenchaft zur Tarifberatung zu stellenden Anträge.

Die Generalversammlung macht es allen Mitgliedern und Verbandstungen zur Pflicht, die von der ordnungsgemäßen Vertretung der Gehilfenchaft eingehenden Verpflichtungen und Abmachungen zu beachten und danach zu handeln. Lokale wilde Bewegungen sind unzulässig. Sie schädigen die Allgemeinheit und führen zur Gefährdung der Vertragsmöglichkeit.

Die Generalversammlung nimmt weiter Kenntnis von den zur Tarifberatung bereits gestellten Anträgen der Prinzipale. Sie erklärt sich bereit, dem Abschluß des Tarifs von Organisation zu Organisation näherzutreten, setzt dabei aber voraus, daß Sonderorganisationen, wie z. B. die durch die Prinzipalität geschaffene sogenannte Abwehrorganisation, beseitigt werden und der Tarif und dessen ganze Bestimmungen in Wirklichkeit auch den in den gegenwärtigen Verhältnissen begründeten und berechtigten Anforderungen entsprechen.

Weiter erklärt sich die Generalversammlung in Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse damit einverstanden, daß der Schluß eines einseitigen Mangeltarifs für das gesamte graphische Gewerbe nähergetreten wird. Es weist sich die Bewirkung dieses Gedankens als unmöglich, so sind naturgemäß die schließlich entscheidenden Körperschaften über die gemeinsam zu erzielenden Festlegungen abweichend von den hier festgelegten Verhältnissen im Einvernehmen mit den dem graphischen Gewerbe angeschlossenen Organisationen festzusetzen.

Es wird dann eine Kommission eingesetzt, die später die zum Tarif eingehenden Gehilfenanträge zu prüfen hat und die aus 15 Mitgliedern bestehen soll. Hierzu werden bestimmt 4 Vorstandsmitglieder und 6 Gehilfenvertreter, wovon die Kreise Berlin, Leipzig, Rheinland-Westfalen, Stuttgart, Halle und Hamburg je einen Vertreter stellen. Damit ist auch dieser Punkt erledigt.

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist, wird zur Stellungnahme zu den Anträgen den Korrespondenten beiseite übergegangen. Hierzu hat der Hauptlatzener Stiller ein kurzes Referat über die zu diesem Punkt gestellten Anträge. Dem Antrage, den Sitz des Verbandes und der Redaktion des „Korrespondent“ von Leipzig nach Berlin zu verlegen, steht die Verbandschaft sympathisch gegenüber, sie hält selbst diese Verlegung für eine Notwendigkeit, aber im gegenwärtigen Augenblick ist sie wegen der in Berlin herrschenden Wohnungsnot und der Schwierigkeit, die entsprechenden Büroräume zu bekommen, nicht durchzuführen. Notwendig ist eine Erhöhung des Abonnementspreises, der Vorstand schlägt 1,50 M. vor, ebenso müssen die Inserentenpreise erhöht werden. Ein aus mehreren Mitgliedschaften vorliegender Antrag, die Redaktion des „Korrespondent“ unter die Feder des Vorstandes zu stellen, wird vom Vorstand entschieden abgelehnt.

Darauf beginnt wieder eine rege Debatte, in der von Oppositionsrednern teilweise sehr starke Angriffe gegen die Redaktion wegen ihrer Haltung und Schreibweise gerichtet werden. Redakteur Kahl setzt sich gegen die Angriffe entschieden zur Wehr.

Allgemein verbindliche Tarifverträge.

Das Reichsarbeitsministerium hat den zwischen den Kritikverbänden und den Arbeitgebervereinigungen unter Vorsitz des Verbandes der Arbeitgebervereinigungen Deutschlands abgeschlossenen Tarif-

vertrag vom 9. Oktober 1910 für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. März 1920. Ihre Ausdehnung auf Industrieunternehmen bleibt vorbehalten. — Mit Verbindlichkeit für das Gebiet des Zweigwerkes des Groß-Berlin wurden für allgemein verbindlich erklärt: Der Schiedsspruch vom 20. April zum Tarifvertrag für die in den Reinigungsbetrieben tätigen Fenster- und Messingputzer (verbindlich ab 1. April 1920), der am 25. Februar abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag für Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen in den Groß-Berliner Landschaftsgärtereien (verbindlich ab 15. Februar 1920) und der Tarifvertrag für die Arbeiter des Eisenwarenhandels vom 30. April 1920 (verbindlich ab 1. April 1920).

Theorie und Praxis.

Die Angestellten der Berliner Annoncenexpeditionen stehen gegenwärtig in einer Tarifbewegung. Bei den Verhandlungen gelangte es sich, daß der Vertreter der Firma Rudolf Wasse alles darauf anlegte, die Tarifbewegung zu sabotieren. Vertragspunkte, über die Einigung erfolgte, wurden an anderen Tagen von dem Herrn Vertreter der Firma Wasse glatt wieder zurückgezogen und die ganze Angelegenheit damit erheblich verzögert. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte sich mehrere Tage mit der Feststellung des Tarifs zu beschäftigen und er brachte es zuwege, daß über einzelne Punkte Einigungen erfolgten. Als es aber daran gehen sollte, durch Unterschrift die Einigung festzusetzen, verweigerte der Vertreter der Firma Rudolf Wasse hartnäckig die Unterschrift. Es stellt sich nunmehr die Frage, ob die Angestellten nach dem Schluß der Verhandlungen aber alles wieder umstößt. Die Firma Rudolf Wasse, die immer großen Wert darauf legt, als demokratische Firma zu gelten, sollte es unter ihrer Würde finden, derartige Vandalen zu treiben. Es ist beschämend, daß der Verlag, bei dem die „Berliner Volkszeitung“ erscheint (die nicht radikal genug sein kann), sich solcher Mittel gegenüber der Angestelltenchaft bedient. Wenn die Angestellten der Berliner Annoncenexpeditionen bis heute noch keinen Tarif haben, müssen sie sich bei der Firma Rudolf Wasse bedanken, die gegen die Angestellten während der ganzen Dauer der Tarifverhandlungen aufgetreten ist. Der Voranschlag mit aller Deutlichkeit, wie Worte und Taten einer demokratischen Firma, die doch Rudolf Wasse wohl sein will, zu betreiben sind.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, Ortsgruppe Berlin.

Die Arbeitsvermittlung der Hausangestellten.

Die Nr. 129 des „Reichs- und Staatsanzeigers“ vom 15. Juni 1920 bringt folgenden Hinweis auf den Haushilfsdienst der gebildeten Frau:

Haushilfsdienst der gebildeten Frau. Die wichtigste gemeinsame Organisation der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins ist, bemerkt der starke Judrang von Hausfrauen, die Hilfskräfte für den Haushalt suchen, und von Frauen, die sich melden, um gegen Entgelt und freie Station hauswirtschaftliche Arbeit im Familienhaushalte zu übernehmen. Auf beiden Seiten ist die Not oft groß, so muß diese Organisation in immer weiteren Kreisen auch von Hund zu Hund gefördert und empfohlen werden. Anmeldungen von arbeitssuchenden und arbeitssuchenden Frauen können wochentäglich von 9—1 Uhr in der Geschäftsstelle der Zentrale, Gendarmen-Str. 80 I, erfolgen.

Diese Einrichtung ist nicht weiter als ein Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, der den Zweck verfolgt, Arbeitskräfte zu möglichst niedrigen Lohnsätzen zu vermitteln. Die Organisation der Hausfrauen ist im Kuratorium des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin vertreten, auch hat dieselbe im Arbeitsnachweis Arbeitsvermittlerinnen.

Nachdem unter Beteiligung der Hausfrauen Verhandlungen stattgefunden haben, ist die Vermittlung der Hausfrauen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin die Vermittlung erfolgt, was die oben genannte Einrichtung als unzulässiger Wettbewerb bezeichnet werden. Und ist rätselhaft, wie die Hausfrauen als Mitglieder des Kuratoriums ihre wenig vornehme Handlungsweise verantworten wollen.

Wir machen alle arbeitssuchenden Hausangestellten, Kleinmädchen, Mädchen usw. darauf aufmerksam, daß für sie einzig und allein der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin in Frage kommt. Es liegt im dringenden Interesse aller im Hausangehellenberuf Beschäftigten, daß die Einrichtung der Zentrale der Hausfrauenvereine nicht in Anspruch genommen wird, weil dieselbe geeignet ist, den Kampf um höheren Verdienst und alle anderen nur zu berechtigten Forderungen zu erschweren. Wenn es also ernst ist mit der Verbesserung seiner Lebenslage, der mehr bei der Haushilfsdienst der gebildeten Frau und verabschiedet sich seine Arbeit durch die Hausangestelltenvereine des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin. Wir lassen hier die Adressen folgen: Eichhornstr. 1, Gornemannstr. 13, Paulstr. 1, West-Alliance-Str. 5, Koppenstr. 1, Friedrichstr. 110—112, Jägerstr. 11.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung der Vertrauensleute und Kammerleute am Freitag, den 25. 6., abends 6 Uhr, im „Schulhof“, Neue Jakobstraße 24/25. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen und Verhandlungsgegenstände.

Deutscher Arbeiterverband. Montag, 28. Juni, abends 7 Uhr, Gemeindehaus, Goal 1, allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Reichskonferenz, 2. Stellungnahme zur Arbeitsnachweisfrage, 3. Verschiedenes.

Wirtschaft

Warum kein Einspruch gegen die Holzexporte?

Zu unseren Ausführungen tendiert und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einige Erläuterungen, denen wir folgendes entnehmen:

Das Rodelholzkontingent für das laufende Vierteljahr beträgt 100 000 Kubikmeter, dasjenige für das nächste Quartal 180 000 Kubikmeter. Es werden auch nur solche Holzsortimente zum Export zugelassen, an denen kein Mangel herrscht. Argendeine schädigende Wirkung ist von einer Holzexporte in diesen mäßigen Grenzen nicht zu erwarten, sie wird vielmehr insofern von günstigem Einfluß sein, als sie es bei dem ständigen Umsturz im Inlande den Sägewerken ermöglicht, die nötigen Barmittel zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe aufzubringen.

Zur Rechtfertigung der Arbeitervertreter muß ich betonen, daß diese sich auf den Standpunkt stellen, daß nur eine sehr mäßige Holzexporte gestattet werden dürfe, damit der Preisabbau nicht aufgehoben werde. Das Interesse der Verbraucher wurde von den selben in energischer Weise vertreten.

Diese Ausführungen dürften kaum befriedigen. Deutschland, das wichtige Gebiete verloren hat, besitzt unseres Erachtens gar keinen Ueberfluß an Holz für Exportzwecke! Der Holzexport sollte völlig unterbunden werden, da mit unseren Waldbeständen an sich schon für den Hausbau getrieben worden ist, und alle Bestände der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleiben sollten. Wenn die Exporte genehmigt wird, um den Sägewerksbetreibern Barmittel zu beschaffen, so beleuchtet das in den größten Teilen den völligen Widerstand in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Hundert Milliarden Privatkapital liegen an Banken und Sparkassen. Und dennoch fehlen den Sägewerken Barmittel! Eine Belebung würde bei sinkenden Inlandpreisen allerdings durch Verluste gefährdet sein, während bei Ausfuhr nach dem Auslande doch noch Gewinne privatwirtschaftlich zu erzielen wären! Auf Kosten der Volkswirtschaft werden also gefährdete privatwirtschaftliche Existenzen erhalten und geschützt. Wie lange noch soll dieser Wahnsinn fortgesetzt werden? Nur durch Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige zu Produktionsgemeinschaften kann Wirtschaftspolitik getrieben werden, die den Interessen der Volksgemeinschaft gerecht wird. Zu welchen Ansehen erleiden die freie kapitalistische Wirtschaft führt, erfahren wir jetzt täglich, eine halbe Million Arbeitsloser in der Zeit des größten Warenüberschusses und ungeheurer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag.

Weitere Besserung der Ernteaussichten. Nach den Mitteilungen der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats hat sich der Saatensatz seit Mitte Mai im allgemeinen weiter verbessert, so daß die Ernteaussichten als günstig bezeichnet werden können. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß große Teile des deutschen Kulturbodens, besonders beim bäuerlichen Besitz, nur mangelhaft mit Dünger bedacht sind und deshalb trotz besseren Aussehens nicht die Körnererträge aufweisen werden, die bei normaler Düngkraft erzielt werden. Von Winterweizen sieht wieder der Weizen an erster Stelle. Auch der Roggen hat sich vielfach erholt, doch fehlt es nicht an Verlusten, die seinen Stand noch immer ungünstig beurteilen. Die Sommerweizen, sowohl Hafer wie Gerste, versprechen gute Erträge. Auch die Heuerwerbung, die vielfach bereits beendet ist, läuft nach Menge und Güte günstig aus. Von den Hackfrüchten wird meistens gutes berichtet.

Es gibt auch einsichtige Landwirte!

Wir erhalten nachfolgende Ankündigung eines Landwirts, die sich die landwirtschaftlichen Erzeuger wohl zu Herzen gehen lassen sollten:

Landwirte! Standesgenossen!

Folgt meiner Aufforderung, den Milchpreis auf 1,20 M. zu belassen.

Ich war höchst erstaunt, als ich in der Zeitung las, daß von nun an der Milchpreis 1,50 M. für das Liter betragen soll. Denn ich war voll auf zufrieden mit dem Erzeugerpreis von 1,20 M. und ich glaube auch mit mir wohl viele Landwirte. Na, ich halte als Landwirt den Preis von 1,20 M. schon reichlich hoch. Man denke doch daran, daß Milch ein unbedingt notwendiges Lebensmittel ist. Wer hat die zahlreichen Kinder in den Städten? Es sind die ärmeren Kreise. Wo sollen denn diese das Geld hernehmen bei diesen hohen Preisen?

Ich habe 8 Kinder und weiß, was ich täglich an Milch für die Familie verbrauche. Denke doch, Standesgenossen, an die vielen, vielen, die nur geringes Einkommen haben. Denke auch an die alten Leute, die oft nur ein kärgliches Einkommen haben und die für ihre Gesundheit die tägliche Milch auch sehr nötig haben.

Wir tun das Herz weh, wenn ich an all' die Kinder denke, denen die armen Eltern nicht mehr die so nötige Milch kaufen können.

Es war kein Heidenstück, das der Ernährungsbeitrag mit der Milchpreiserhöhung geleistet hat. Preisabbau soll die Parole sein! Landwirte! Standesgenossen! Die Regierung versagt anscheinend in der Preispolitik. Sie läßt die Preise immer höher klettern! Nun müssen wir uns zusammenschließen, und mit uns die Kaufleute, die Geschäftleute.

Gemeinsam wollen wir zusammenstehen und einmal tatkräftig den Preisabbau durchzuführen.

Rechnet nicht mehr als 1,20 M. für das Liter Milch. Laßt Euch nicht als Preistreiber hinstellen. Denkt an die Not so vieler armer Familien! Wenn die Regierung nicht imstande ist, den richtigen Weg einzuschlagen, dann wollen wir Landwirte ihr einen Fingerzeig geben. Wehrlich, 20. Juni 1920. Johann Frij, Landwirt.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Die am 1. Juli 1920 fälligen Rinscheine der 2- und 4prozentigen Hypothekendarlehen der Deutschen Grundcredit-Bank zu Gotha werden laut Bekanntmachung in unserer heutigen Morgennummer in gewohnter Weise bereits jetzt eingelöst.

Aus aller Welt.

Rur Arbeit kann Rußland retten. Eine Stockholmer Denkmeldung sagt: Nach einem Moskauer Jurisprudenz hatte sich das gesamte Werkstättenpersonal der Tula-Eisenbahn vor Gericht zu verantworten. Hauptgegenstand der Anklage war der Rückgang der Leistungen der Werkstätten, ferner die verbrecherische Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit des Personals. Mehrere Angestellte, die einige Tage den Werkstätten ferngeblieben waren, um privaten Geschäften nachzugehen, wurden mit 25 Jahren Zwangsarbeit bestraft. Ein weiterer Angeklagter der bei der Arbeit eingeschlafen war, erhielt 3 Jahre Zwangsarbeit.

In Chicago wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Weizen und Kernen zwei weiße Männer getötet und mehrere Schwerverletzte sowie ein Polizist verwundet.

Veramim für den reb. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Königin: Dr. H. H. Berlin; Verlag: Deutscher Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Betriebsbuchdruckerei H. Verlagshaus Carl Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 11.

Handel-Kasten-Wagen
Karren aller Art
Grundmann & Kühn
Transportgeräte - Fabrik
Cöchenstr. 73 u. 112.

Verkäufe
Kreuzfäden sowie andere neue Verpacken aller Art, keine Preisgarantie, immer noch zu hundertprozentigen Sonderpreisen im Verlags-Verkauf zu 7.

Möbel
Möbel-Verkauf. Große Neuheiten! 141. Invalidenstraße 3. Gibt lebendigen Kredit. Große Auswahl in 1-2-Stunden-Einrichtungen, hundert Röhren, einzelnen Möbeln.
Schlafzimmer, Röhren, alle Arten Möbel billig. Hilfsleitermeister Barnard. Kantenstraße 51.

Musikinstrumente
Einspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, Cuckuk Uhren. Unterbrecht 20. — Harmonikonar, Dreimonatskarte zur besten Ausbildung. Mund- und Handharmonikas usw., gebranntes Klavier, Sormoniums nebst auf Berner u. Co. Transmitt 166. 1920
Violen, großes oder neuer und gebraucht Instrumente. Scherer, Schulerstraße 108.
Violen, Singschiffel, Sormoniums, gebräuchlich und neu. Instrumente, Accordions und Stimmgitarren. Rögger, Wilmstraße 16. 1920

Kaufgesuche
Gesucht: ein gutes Klavier, ein gutes Grammophon, ein gutes Auto. Preis: 1000 M. oder 2000 M. oder 3000 M. oder 4000 M. oder 5000 M. oder 6000 M. oder 7000 M. oder 8000 M. oder 9000 M. oder 10000 M. oder 11000 M. oder 12000 M. oder 13000 M. oder 14000 M. oder 15000 M. oder 16000 M. oder 17000 M. oder 18000 M. oder 19000 M. oder 20000 M. oder 21000 M. oder 22000 M. oder 23000 M. oder 24000 M. oder 25000 M. oder 26000 M. oder 27000 M. oder 28000 M. oder 29000 M. oder 30000 M. oder 31000 M. oder 32000 M. oder 33000 M. oder 34000 M. oder 35000 M. oder 36000 M. oder 37000 M. oder 38000 M. oder 39000 M. oder 40000 M. oder 41000 M. oder 42000 M. oder 43000 M. oder 44000 M. oder 45000 M. oder 46000 M. oder 47000 M. oder 48000 M. oder 49000 M. oder 50000 M. oder 51000 M. oder 52000 M. oder 53000 M. oder 54000 M. oder 55000 M. oder 56000 M. oder 57000 M. oder 58000 M. oder 59000 M. oder 60000 M. oder 61000 M. oder 62000 M. oder 63000 M. oder 64000 M. oder 65000 M. oder 66000 M. oder 67000 M. oder 68000 M. oder 69000 M. oder 70000 M. oder 71000 M. oder 72000 M. oder 73000 M. oder 74000 M. oder 75000 M. oder 76000 M. oder 77000 M. oder 78000 M. oder 79000 M. oder 80000 M. oder 81000 M. oder 82000 M. oder 83000 M. oder 84000 M. oder 85000 M. oder 86000 M. oder 87000 M. oder 88000 M. oder 89000 M. oder 90000 M. oder 91000 M. oder 92000 M. oder 93000 M. oder 94000 M. oder 95000 M. oder 96000 M. oder 97000 M. oder 98000 M. oder 99000 M. oder 100000 M. oder 101000 M. oder 102000 M. oder 103000 M. oder 104000 M. oder 105000 M. oder 106000 M. oder 107000 M. oder 108000 M. oder 109000 M. oder 110000 M. oder 111000 M. oder 112000 M. oder 113000 M. oder 114000 M. oder 115000 M. oder 116000 M. oder 117000 M. oder 118000 M. oder 119000 M. oder 120000 M. oder 121000 M. oder 122000 M. oder 123000 M. oder 124000 M. oder 125000 M. oder 126000 M. oder 127000 M. oder 128000 M. oder 129000 M. oder 130000 M. oder 131000 M. oder 132000 M. oder 133000 M. oder 134000 M. oder 135000 M. oder 136000 M. oder 137000 M. oder 138000 M. oder 139000 M. oder 140000 M. oder 141000 M. oder 142000 M. oder 143000 M. oder 144000 M. oder 145000 M. oder 146000 M. oder 147000 M. oder 148000 M. oder 149000 M. oder 150000 M. oder 151000 M. oder 152000 M. oder 153000 M. oder 154000 M. oder 155000 M. oder 156000 M. oder 157000 M. oder 158000 M. oder 159000 M. oder 160000 M. oder 161000 M. oder 162000 M. oder 163000 M. oder 164000 M. oder 165000 M. oder 166000 M. oder 167000 M. oder 168000 M. oder 169000 M. oder 170000 M. oder 171000 M. oder 172000 M. oder 173000 M. oder 174000 M. oder 175000 M. oder 176000 M. oder 177000 M. oder 178000 M. oder 179000 M. oder 180000 M. oder 181000 M. oder 182000 M. oder 183000 M. oder 184000 M. oder 185000 M. oder 186000 M. oder 187000 M. oder 188000 M. oder 189000 M. oder 190000 M. oder 191000 M. oder 192000 M. oder 193000 M. oder 194000 M. oder 195000 M. oder 196000 M. oder 197000 M. oder 198000 M. oder 199000 M. oder 200000 M. oder 201000 M. oder 202000 M. oder 203000 M. oder 204000 M. oder 205000 M. oder 206000 M. oder 207000 M. oder 208000 M. oder 209000 M. oder 210000 M. oder 211000 M. oder 212000 M. oder 213000 M. oder 214000 M. oder 215000 M. oder 216000 M. oder 217000 M. oder 218000 M. oder 219000 M. oder 220000 M. oder 221000 M. oder 222000 M. oder 223000 M. oder 224000 M. oder 225000 M. oder 226000 M. oder 227000 M. oder 228000 M. oder 229000 M. oder 230000 M. oder 231000 M. oder 232000 M. oder 233000 M. oder 234000 M. oder 235000 M. oder 236000 M. oder 237000 M. oder 238000 M. oder 239000 M. oder 240000 M. oder 241000 M. oder 242000 M. oder 243000 M. oder 244000 M. oder 245000 M. oder 246000 M. oder 247000 M. oder 248000 M. oder 249000 M. oder 250000 M. oder 251000 M. oder 252000 M. oder 253000 M. oder 254000 M. oder 255000 M. oder 256000 M. oder 257000 M. oder 258000 M. oder 259000 M. oder 260000 M. oder 261000 M. oder 262000 M. oder 263000 M. oder 264000 M. oder 265000 M. oder 266000 M. oder 267000 M. oder 268000 M. oder 269000 M. oder 270000 M. oder 271000 M. oder 272000 M. oder 273000 M. oder 274000 M. oder 275000 M. oder 276000 M. oder 277000 M. oder 278000 M. oder 279000 M. oder 280000 M. oder 281000 M. oder 282000 M. oder 283000 M. oder 284000 M. oder 285000 M. oder 286000 M. oder 287000 M. oder 288000 M. oder 289000 M. oder 290000 M. oder 291000 M. oder 292000 M. oder 293000 M. oder 294000 M. oder 295000 M. oder 296000 M. oder 297000 M. oder 298000 M. oder 299000 M. oder 300000 M. oder 301000 M. oder 302000 M. oder 303000 M. oder 304000 M. oder 305000 M. oder 306000 M. oder 307000 M. oder 308000 M. oder 309000 M. oder 310000 M. oder 311000 M. oder 312000 M. oder 313000 M. oder 314000 M. oder 315000 M. oder 316000 M. oder 317000 M. oder 318000 M. oder 319000 M. oder 320000 M. oder 321000 M. oder 322000 M. oder 323000 M. oder 324000 M. oder 325000 M. oder 326000 M. oder 327000 M. oder 328000 M. oder 329000 M. oder 330000 M. oder 331000 M. oder 332000 M. oder 333000 M. oder 334000 M. oder 335000 M. oder 336000 M. oder 337000 M. oder 338000 M. oder 339000 M. oder 340000 M. oder 341000 M. oder 342000 M. oder 343000 M. oder 344000 M. oder 345000 M. oder 346000 M. oder 347000 M. oder 348000 M. oder 349000 M. oder 350000 M. oder 351000 M. oder 352000 M. oder 353000 M. oder 354000 M. oder 355000 M. oder 356000 M. oder 357000 M. oder 358000 M. oder 359000 M. oder 360000 M. oder 361000 M. oder 362000 M. oder 363000 M. oder 364000 M. oder 365000 M. oder 366000 M. oder 367000 M. oder 368000 M. oder 369000 M. oder 370000 M. oder 371000 M. oder 372000 M. oder 373000 M. oder 374000 M. oder 375000 M. oder 376000 M. oder 377000 M. oder 378000 M. oder 379000 M. oder 380000 M. oder 381000 M. oder 382000 M. oder 383000 M. oder 384000 M. oder 385000 M. oder 386000 M. oder 387000 M. oder 388000 M. oder 389000 M. oder 390000 M. oder 391000 M. oder 392000 M. oder 393000 M. oder 394000 M. oder 395000 M. oder 396000 M. oder 397000 M. oder 398000 M. oder 399000 M. oder 400000 M. oder 401000 M. oder 402000 M. oder 403000 M. oder 404000 M. oder 405000 M. oder 406000 M. oder 407000 M. oder 408000 M. oder 409000 M. oder 410000 M. oder 411000 M. oder 412000 M. oder 413000 M. oder 414000 M. oder 415000 M. oder 416000 M. oder 417000 M. oder 418000 M. oder 419000 M. oder 420000 M. oder 421000 M. oder 422000 M. oder 423000 M. oder 424000 M. oder 425000 M. oder 426000 M. oder 427000 M. oder 428000 M. oder 429000 M. oder 430000 M. oder 431000 M. oder 432000 M. oder 433000 M. oder 434000 M. oder 435000 M. oder 436000 M. oder 437000 M. oder 438000 M. oder 439000 M. oder 440000 M. oder 441000 M. oder 442000 M. oder 443000 M. oder 444000 M. oder 445000 M. oder 446000 M. oder 447000 M. oder 448000 M. oder 449000 M. oder 450000 M. oder 451000 M. oder 452000 M. oder 453000 M. oder 454000 M. oder 455000 M. oder 456000 M. oder 457000 M. oder 458000 M. oder 459000 M. oder 460000 M. oder 461000 M. oder 462000 M. oder 463000 M. oder 464000 M. oder 465000 M. oder 466000 M. oder 467000 M. oder 468000 M. oder 469000 M. oder 470000 M. oder 471000 M. oder 472000 M. oder 473000 M. oder 474000 M. oder 475000 M. oder 476000 M. oder 477000 M. oder 478000 M. oder 479000 M. oder 480000 M. oder 481000 M. oder 482000 M. oder 483000 M. oder 484000 M. oder 485000 M. oder 486000 M. oder 487000 M. oder 488000 M. oder 489000 M. oder 490000 M. oder 491000 M. oder 492000 M. oder 493000 M. oder 494000 M. oder 495000 M. oder 496000 M. oder 497000 M. oder 498000 M. oder 499000 M. oder 500000 M. oder 501000 M. oder 502000 M. oder 503000 M. oder 504000 M. oder 505000 M. oder 506000 M. oder 507000 M. oder 508000 M. oder 509000 M. oder 510000 M. oder 511000 M. oder 512000 M. oder 513000 M. oder 514000 M. oder 515000 M. oder 516000 M. oder 517000 M. oder 518000 M. oder 519000 M. oder 520000 M. oder 521000 M. oder 522000 M. oder 523000 M. oder 524000 M. oder 525000 M. oder 526000 M. oder 527000 M. oder 528000 M. oder 529000 M. oder 530000 M. oder 531000 M. oder 532000 M. oder 533000 M. oder 534000 M. oder 535000 M. oder 536000 M. oder 537000 M. oder 538000 M. oder 539000 M. oder 540000 M. oder 541000 M. oder 542000 M. oder 543000 M. oder 544000 M. oder 545000 M. oder 546000 M. oder 547000 M. oder 548000 M. oder 549000 M. oder 550000 M. oder 551000 M. oder 552000 M. oder 553000 M. oder 554000 M. oder 555000 M. oder 556000 M. oder 557000 M. oder 558000 M. oder 559000 M. oder 560000 M. oder 561000 M. oder 562000 M. oder 563000 M. oder 564000 M. oder 565000 M. oder 566000 M. oder 567000 M. oder 568000 M. oder 569000 M. oder 570000 M. oder 571000 M. oder 572000 M. oder 573000 M. oder 574000 M. oder 575000 M. oder 576000 M. oder 577000 M. oder 578000 M. oder 579000 M. oder 580000 M. oder 581000 M. oder 582000 M. oder 583000 M. oder 584000 M. oder 585000 M. oder 586000 M. oder 587000 M. oder 588000 M. oder 589000 M. oder 590000 M. oder 591000 M. oder